

Inhaltsverzeichnis

01	Ungleichheit = eine Wachstumsbremse? « <i>In It Together: Why Less Inequality Benefits All</i> »	2
02	Sind GVCs mitverantwortlich für die Stagnation der Investitionen? « <i>OECD Business and Finance Outlook 2015</i> »	3
03	Die Herausforderung in eine Chance verwandeln « <i>Ageing in Cities</i> »	4
04	Prekäre Beschäftigungslage für Junge « <i>OECD Skills Outlook 2015</i> »	5
05	Massnahmen gegen Alkoholmissbrauch « <i>Tackling Harmful Alcohol Use</i> »	6
06	Das Budget eines afrikanischen Bürgermeisters « <i>African Economic Outlook 2015</i> »	7
07	Effizientere Klimasteuer « <i>Taxing Energy Use 2015</i> »	8
08	Weitere Publikationen	9
09	OECD Kalender	9

01. Ungleichheit = eine Wachstumsbremse? «In It Together: Why Less Inequality Benefits All»

Die Wirtschaftskrise hat die OECD 2007 unvorbereitet getroffen und gezwungen, über die ihren Analysen und Vorschauen zugrunde liegenden Modelle nachzudenken. Sie hat sich darum mit bisher vernachlässigten Aspekten beschäftigt, wie demjenigen der Verteilung der Einkommen und ihrer Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum. Genau diese Frage steht im Zentrum der Publikation mit dem Titel «*In It Together, Why Less Inequality Benefits All*».

Darin wird eine Feststellung aus früheren Jahren bestätigt. Im Verlauf der letzten drei Jahrzehnte hat sich die Ungleichheit in den OECD-Ländern vergrössert. Die Einkommen der reichsten 10% in der Bevölkerung sind fast 10 Mal höher als jene der ärmsten 10%. In den 80-er Jahren betrug dieser Faktor noch zwischen 7 und 8. Aus den Berechnungen ergibt sich, dass diese Ungleichheit zwischen 1985 und 2005 ein um rund 4.7% vermindertes Wachstum zur Folge hatte, was beträchtlich ist.

Einer der beleuchteten Mechanismen besteht im erschwerten Zugang der ärmsten Bevölkerungsschichten zu einer qualitativ hochstehenden Erziehung und Ausbildung. Dies stellt eine potenziell starke Wachstumsbremse dar. Dieses Phänomen hat sich mit der Krise noch verstärkt. Mehr als die Hälfte der seit Mitte der 90-er Jahre entstandenen Arbeitsplätze sind insofern unter dem Standard, als sie befristet, in Teilzeit oder freiberuflich sowie mit einem tiefen Einkommensniveau und einer deutlich verschlech-

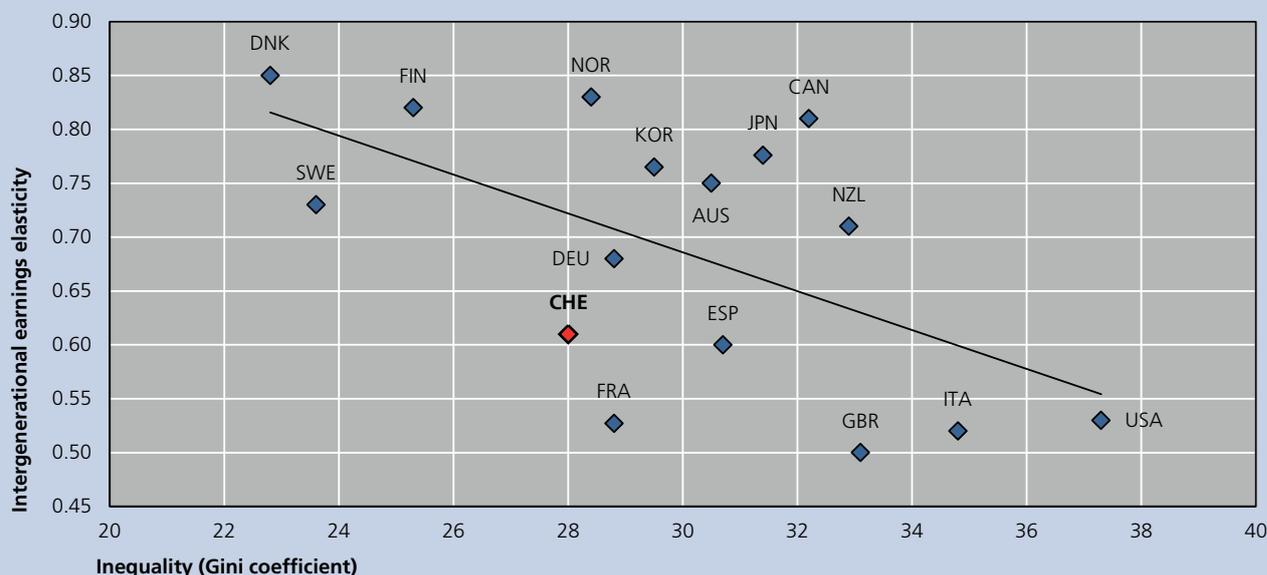
terten Sicherheit der Beschäftigung verbunden sind. Eine starke Konzentration des Reichtums hat dieselben Konsequenzen. Die unteren und mittleren Schichten verfügen nicht über genügendes Einkommen für die notwendigen Investitionen, sowohl für die Bildung wie auch in anderen Bereichen.

Die Vergleiche der OECD belegen, dass die Schweiz zu den Ländern gehört, in denen die Ungleichheit eher unter dem Durchschnittswert liegt. Sie liegt auf dem 19. Platz der 34 Mitgliedsstaaten. Ein Indexvergleich der Einkommenskonzentration und der sozialen Mobilität zwischen den Generationen verdeutlicht, dass die stärkste Ungleichheit mit einer schwachen Mobilität zwischen den Generationen zusammenhängt. In diesem Punkt (siehe Grafik) ist das Ergebnis der Schweiz eher bescheiden, auch wenn es durchaus mit dem der Nachbarländer Frankreich und Deutschland vergleichbar ist.

In ihren Schlussfolgerungen empfiehlt die OECD den Regierungen, die Erwerbstätigkeit der Frauen zu fördern, gegen eine allzu starke Segmentierung des Arbeitsmarktes vorzugehen, die Anstrengungen im Bereich der Ausbildung und Qualifikation zu intensivieren und schliesslich auch die Massnahmen im Sinne einer wirksameren fiskalischen Umverteilung zu verbessern.

> Inhaltsverzeichnis

Inequality and mobility



02. Sind GVCs mitverantwortlich für die Stagnation der Investitionen? «OECD Business and Finance Outlook 2015»

Die neue OECD-Publikation «*OECD Business and Finance Outlook 2015*» nimmt die Situation in den 10'000 weltweit grössten börsennotierten Unternehmen unter die Lupe, die mit Wertschöpfungsketten in 75 Ländern tätig sind und zusammen einen Drittel des globalen BIP darstellen.

Erstaunlich ist in diesem Bericht die Feststellung, dass die globalen Wertschöpfungsketten (GVC) - namentlich in den führenden Ländern - entgegen einer gängigen Vorstellung nicht der wirtschaftlichen Entwicklung dienen. Die Stagnation der Investitionen der letzten Jahre sei zum Teil eine Folge der Aktivitäten der multinationalen Unternehmen mit internationalen Wertschöpfungsketten. Diese globalisierten Unternehmen haben die Möglichkeit, ihre Technologie zu verlagern und die Produktion dort anzusiedeln, wo die Bedingungen für sie am günstigsten sind, oft ist das in den Schwellenländern. Dabei aber haben sie oft die Kapitalbildung in ihrem Ursprungsland (in den meisten Fällen in einem hochentwickelten Land) beeinträchtigt. In der Industrie hat die Schaffung von Mehrwert auf nationalem Niveau nicht mit der kontinuierlichen Zunahme des Umsatzes pro Beschäftigten mithalten (siehe Grafik). Die multinationalen Unternehmen hätten also die Tendenz, die operationelle Effizienz zu bevorzugen (was erklärt, dass die Schwellenländer «aufholen»), statt Investi-

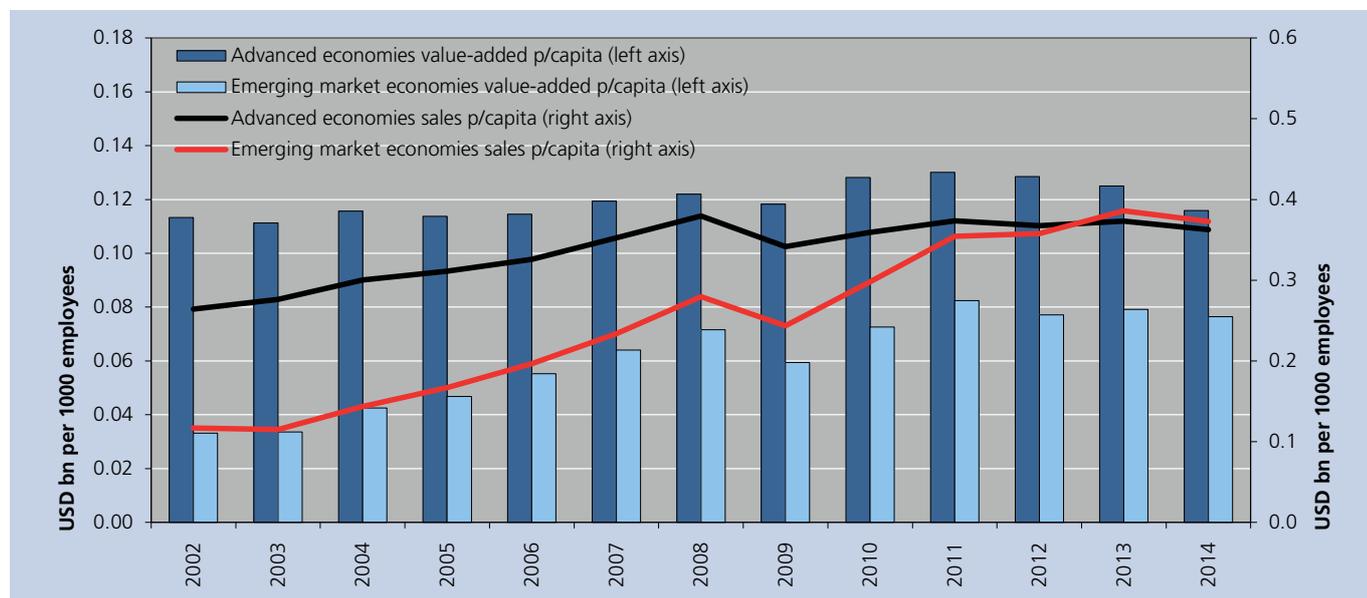
tionen in die Forschung und Innovation vorzunehmen, die im Interesse einer langfristigen Produktivitätssteigerung und zur Sicherung einer nachhaltigen Zunahme der Beschäftigung notwendig wären.

Ein anderes von der OECD verdeutlichtes Problem hängt mit dem gegenwärtigen finanziellen Kontext zusammen, der von einem tiefen Zinsniveau geprägt ist. Die Organisation verweist auf das relevante Risiko für die längerfristige finanzielle Existenz von Pensionsfonds und Versicherungsgesellschaften, die sich zunehmend nach besser rentierenden (aber auch riskanteren) Anlagen umsehen dürften, um mit genügenden Erträgen ihre Verpflichtungen gegenüber Sparern und Leistungsempfängern einhalten zu können.

Der Bericht der OECD ist als zusätzliches Instrument für die politischen Akteure konzipiert, das ihnen eine separate, aber komplementäre Analyse der internationalen Finanzszenen anbietet. Erst mit der Zeit wird man wissen, ob sie ihren Platz unter den in diesem Bereich bereits existierenden Studien und Veröffentlichungen hat, und vor allem, ob die Politiker mit Erfolg Gebrauch davon machen.

> Inhaltsverzeichnis

The global productivity catch-up in sales, general industry

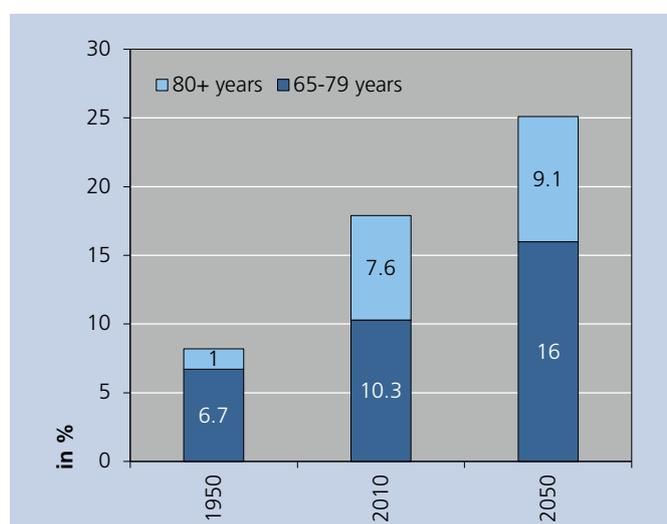


03. Die Herausforderung in eine Chance verwandeln «Ageing in Cities»

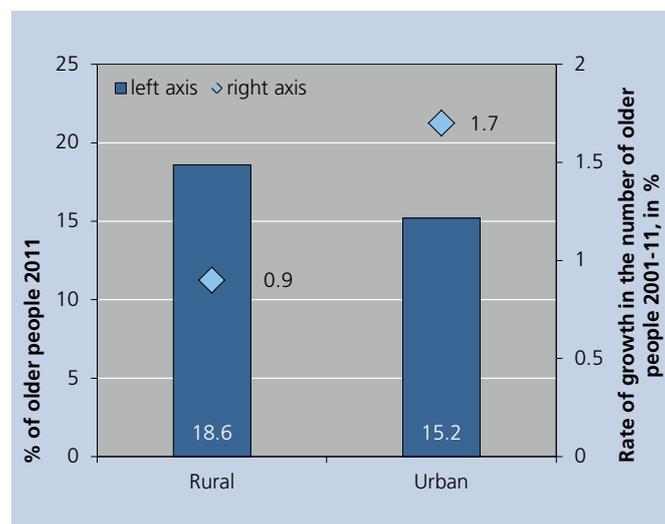
Die Alterung der Bevölkerung ist eine Herausforderung, mit der unsere Gesellschaften in den kommenden Jahren immer stärker konfrontiert sein werden. Während der Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen 1950 noch lediglich 7.7% betrug, hatte er sich bis 2010 mit 17.9% bereits mehr als verdoppelt. Bis 2050 wird diese Alterskategorie ein Viertel ausmachen (siehe Grafik unten). 2011 lebten proportional mehr ältere Menschen in ländlichen als in städtischen Gebieten. Seit 2001 zeigt die Tendenz jedoch, dass die Anzahl an Senioren in den Städten stärker ansteigt (siehe Grafik rechts). Aufgrund dieser Entwicklung ist eine adäquate Antwort der Städte auf diese demografische Veränderung erforderlich.

Die Herausforderungen in diesem Bereich sind vielfältig. Zahlreiche Infrastrukturen müssen überdacht, die Hilfeleistungen zu Hause ausgebaut und die soziale Isolation bekämpft werden. Auch der Zugang zu günstigeren Wohnungen muss gefördert werden. Die Städte verfügen jedoch wegen der begrenzten lokalen Steuereinnahmen oft über einen geringen Manövrierraum. Die neue OECD-Publikation *«Ageing in Cities»* macht den Stadtbehörden in diesem Bereich Empfehlungen, um den Schwierigkeiten zu begegnen, die sich aus dem Alterungsprozess der Bevölkerung ergeben, zugleich aber auch um eine nachhaltige städtische Entwicklung zu garantieren. In neun Fallstudien (Brno, Calgary, Köln, Helsinki, Lissabon, Manchester, Philadelphia, Toyama und Yokohama) veranschaulicht dieser Bericht an konkreten Beispielen, was in gewissen Städten von OECD-Ländern unternommen wird.

Age distribution of the population of older people in OECD countries



Share of annual growth rate of older population in OECD regions 2001-2011



Dieser Bericht unterstreicht, wie wichtig es ist, die Alterung der Bevölkerung nicht bloss als Problem zu betrachten, sondern auch als Chance für unsere Gesellschaften. Geeignete Antworten auf diese demografische Herausforderung können als Gelegenheit für die technologische Entwicklung und Innovation in Bereichen wie Raumplanung, Verkehrsmittel oder Wohnraum verstanden werden. Die OECD empfiehlt den Städten, ihre Politik längerfristig zu planen und die demografische Entwicklung dank eines Systems von Indikatoren zu integrieren. Sie macht auch konkrete Vorschläge für einen erleichterten Zugang zu Wohnungen für ältere Menschen - durch die Förderung von Homesharing verschiedener Generationen und gezielte Finanzierungsmechanismen - sowie für eine der demografischen Entwicklung angepasste Umgestaltung städtischer Flächen. Schliesslich rät die OECD den Städten, ihre Strategien in enger Zusammenarbeit mit privaten Akteuren und mit der zivilen Gesellschaft zu entwickeln. Denn ihre Politik muss die Frucht einer breiten Konsultation sein, wenn sie von Dauer sein soll. Laut OECD ist die Alterung unserer Gesellschaften zwar gewiss eine echte Herausforderung, aber wenn es gelingt, die Gelegenheit zu nutzen, kann sie auch eine grosse Chance für unsere Gesellschaften darstellen, sich neu zu erfinden.

04. Prekäre Beschäftigungslage für Junge «OECD Skills Outlook 2015»

Der neue «*OECD Skills Outlook 2015*» konzentriert sich ganz auf die Bildungs- und Beschäftigungslage der jungen Leute zwischen 16 und 29. Diese wurden von der Krise stärker betroffen als die über 30-Jährigen, die meist bereits Arbeitserfahrung besitzen – rund 18 Millionen junge Menschen sind in den OECD-Ländern arbeitslos. Dabei widerspiegeln diese Arbeitslosenzahlen nicht einmal die ganze Realität. Denn durch die Krise verzögern manche ihren Eintritt in den Arbeitsmarkt oder ziehen sich ganz daraus zurück. Rechnet man die jungen Leute hinzu, die sich weder in Ausbildung befinden, noch aktiv eine Arbeit suchen (*Not in Education, Employment or Training, NEET*), dann verdoppelt sich die Zahl auf rund 39 Millionen. Der Anteil dieser Gruppe hat in den meisten OECD-Ländern ebenfalls zugenommen (siehe Grafik). Die Schweiz weist interessanterweise einen leicht gegenläufigen Trend auf. Sie ist dabei zusammen mit Deutschland und Österreich, die ein ähnliches Ausbildungssystem haben wie wir, eine der wenigen Ausnahmen.

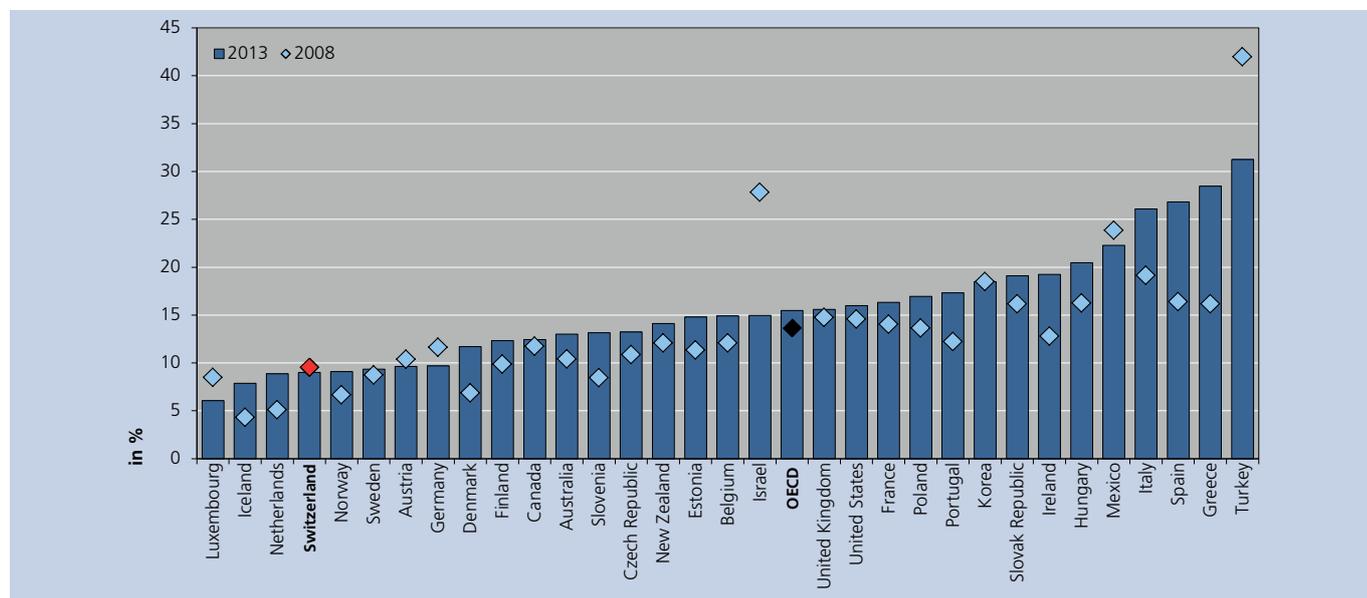
Die schlechten Beschäftigungsaussichten stellen die Jungen nicht nur vor dramatische Einzelsituationen, sie haben auch gravierende Konsequenzen für die Länder. Niedrigere Steuereinkommen, verschwendetes Humankapital und höhere Sozialkosten wiegen schwer auf dem

Wohlstandpotential und gefährden den längerfristigen Bestand der sozialen Institutionen. Mit der fortschreitenden Überalterung der Gesellschaft in den OECD-Ländern wird in den kommenden Jahren der Anteil der jungen Leute zurückgehen. Die OECD warnt aber eindringlich vor der irrigen Annahme, dass sich damit das Problem von selber lösen werde. Im Gegenteil wird es für die Länder mit einer schnell alternden Bevölkerung umso wichtiger sein, die jungen Leute erfolgreich in den Wirtschaftsprozess integrieren zu können.

Die Regierungen müssen laut OECD mehr tun, um den jungen Menschen in ihrem Land einen guten Start ins Arbeitsleben zu ermöglichen. Der Bericht empfiehlt eine umfassende Strategie. Ausbildung und Arbeitsmarkt können nicht getrennt betrachtet werden. Erfreulich aus Schweizer Sicht: Die OECD misst in diesem Zusammenhang der Berufsausbildung eine gewichtigere Rolle zu als auch schon. Gerade für die Übergangszeit zwischen Ausbildung und Erwerbstätigkeit habe die Berufsbildung mit betrieblicher Fortbildung am Arbeitsplatz, wie sie in der Schweiz und Deutschland praktiziert wird, grosse Vorteile. Zudem trage dieses System dazu bei, die Kompetenzen der jungen Leute mit den Bedürfnissen der Wirtschaft besser in Einklang zu bringen.

> Inhaltsverzeichnis

Share of 15-29 year-olds neither employed nor in education or training (NEET) as a percentage of population



05. Massnahmen gegen Alkoholmissbrauch «Tackling Harmful Alcohol Use»

Gemäss der OECD-Publikation «*Tackling Harmful Alcohol Use*» blieb der durchschnittliche Alkoholkonsum pro Kopf in der Welt zwischen 1992 und 2012 relativ stabil. In den letzten fünf Jahren ist der Alkoholkonsum laut Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) jedoch signifikant angestiegen. Der durchschnittliche Jahresverbrauch in den OECD-Ländern bleibt mit 9.1 Litern pro Person weiterhin hoch (in der Schweiz ist er noch höher, siehe Grafik), obschon er in dieser Staatengruppe in den letzten fünf Jahren um 2.5% zurückgegangen ist. Vor allem Länder, die wie Frankreich, Deutschland, Italien oder Spanien ursprünglich besonders viel konsumiert haben, verzeichnen einen spürbaren und konstanten Rückgang. In Nordeuropa und im Baltikum (Grossbritannien, Irland, Schweden, Finnland, Estland) nahm dagegen der Konsum stark zu. In anderen Staaten geht der Konsum heute leicht zurück. In den grossen Schwellenländern Brasilien, China, Indien und Russland steigt der Alkoholkonsum beträchtlich, auch wenn er in China und Indien zurzeit noch auf einem relativ tiefen Niveau bleibt.

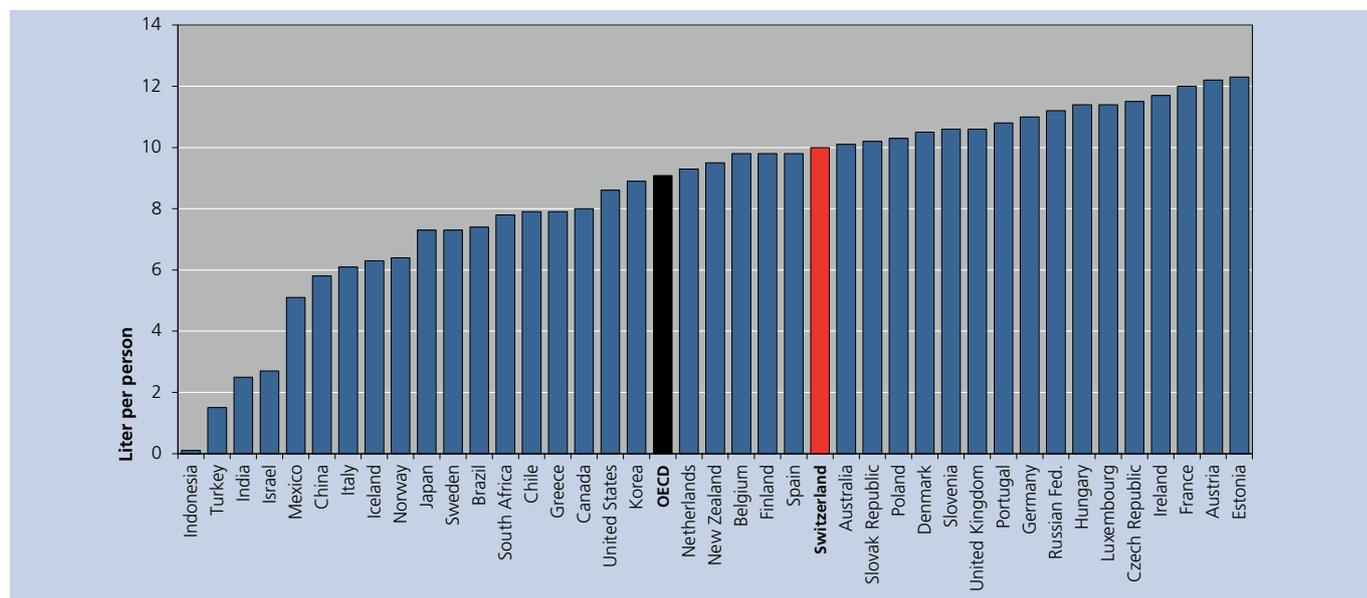
Bei der Berücksichtigung sozialer Kriterien wird die deutliche Konsumsteigerung bei Jugendlichen sowie beim weiblichen Geschlecht erkennbar. Aufgrund dieses neuen Konsumverhaltens ist bei diesen Bevölkerungsgruppen

auch ein zunehmender Alkoholmissbrauch zu beobachten. Als mögliche Gründe dafür nennt die OECD die niedrigen Beschaffungskosten, das vielfältige Angebot, die besonders auf Jugendliche zugeschnittene Werbung sowie auch eine generell grössere Akzeptanz des Alkoholkonsums in der Gesellschaft. In vielen Ländern haben sich die Konsumgewohnheiten auch mit veränderten Produkten geändert. Die OECD geht zudem davon aus, dass rund 11% des Konsums statistisch nicht erfasst wird.

Die OECD-Publikation veranschaulicht, dass die Globalisierung auch die Alkoholbranche einbezieht. Der Markt für alkoholische Getränke kann weltweit weiterhin mit einer trinkfreudigen Kundschaft rechnen. Es wird deshalb an den Regierungen sein, Lösungen zur Begrenzung der Schäden des übermässigen Alkoholkonsums zu finden. Um den Folgen des Alkoholmissbrauchs wirksam zu begegnen, müssen diese Massnahmen der unterschiedlichen Problematik angepasst werden. Zur generellen Verminderung des Konsums sind laut OECD finanzielle Anreize am wirksamsten. Zur Prävention der Schäden eines übermässigen Alkoholkonsums ist die frühzeitige Sensibilisierung der Bevölkerung unabdingbar.

> Inhaltsverzeichnis

Alcohol consumption among adults, 2012 (or nearest year)



06. Das Budget eines afrikanischen Bürgermeisters «African Economic Outlook 2015»

Der «*African Economic Outlook 2015 (AEO)*» greift in seiner diesjährigen Ausgabe als Spezialthema Fragen der territorialen Entwicklung und Regionalpolitik auf. Diese räumliche Dimension der Entwicklungsproblematik ist ein wichtiges, aber regelmässig vernachlässigtes Thema. Sie war auch im neuen Millennium zuerst kein Thema. Geändert hat sich dies mit dem «*World Development Report 2009, Reshaping Economic Geography*» (WDR). Die demografischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der nächsten Jahrzehnte – zwischen 2010 und 2050 werden 910 Millionen junge Menschen auf den Arbeitsmarkt kommen – werden das Antlitz des afrikanischen Kontinents in allen räumlichen Dimensionen tiefgreifend verändern.

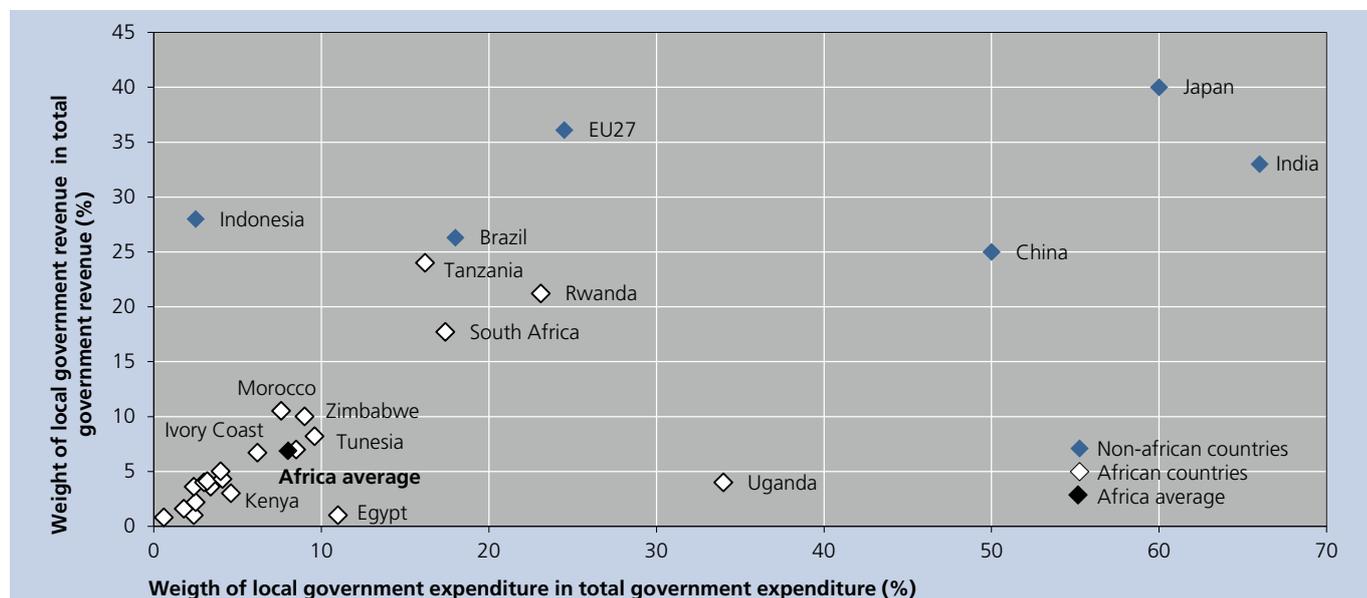
Was können und sollen Regierungen tun, um die wirtschaftliche Entwicklung auf breiter Basis, sozusagen «bis ins letzte Dorf», zu fördern? Der WDR von 2009 rät allerdings geradezu grundsätzlich von einem solchen Ansatz ab: «*To try to spread out economic activity is to discourage it*». Also eher Zentren oder Regionen fördern? Der AEO gibt auf diese Fragen keine eindeutige Antwort, aber er hält fest, dass die afrikanischen Länder mehr als bisher für die lokale und regionale Entwicklung tun müssen. Zwar wird bereits mit einer Reihe von Instrumenten wie Sonderwirtschafts-

zonen, Wirtschaftskorridoren, Vernetzung von kleineren und mittleren Städten gearbeitet und experimentiert, aber bis zur Umsetzung einer multisektoriellen und lokal verankerten Politik ist es gemäss Bericht noch ein weiter Weg.

Ein Ansatz wäre die fiskalische Dezentralisierung. Sie bringt den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften mehr Geld. In dieser Hinsicht hinkt Afrika weit hinter der übrigen Welt her (siehe Grafik). Nur 7% der Staatseinnahmen kommen aus lokalen Steuern, und nur 8% aller Staatsmittel (lokale, regionale und nationale Mittel zusammengezählt) werden auf lokaler Ebene ausgegeben. In Ägypten, Togo und Mosambik sind es weniger als 2%, in Ruanda, Südafrika und Tansania immerhin 16%. «Ein Bürgermeister in Afrika hat im Durchschnitt tausend Mal weniger Mittel zur Verfügung als seine Amtskollegen oder -kolleginnen in Europa.» Warum dem so ist, erklärt die politische Ökonomie nur teilweise. Dass diese Situation ändern muss, damit in den Peripherien die nötige Infrastruktur und Arbeitsplätze *off-farm* entstehen, ist dagegen offensichtlich.

> Inhaltsverzeichnis

Weight of local government in total government revenue and expenditure

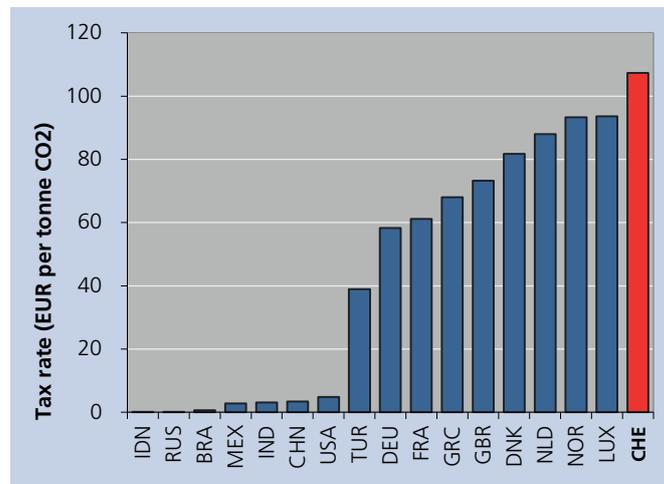


07. Effizientere Klimasteuer «Taxing Energy Use 2015»

Mit dem Termin der COP21 könnte das Jahr 2015 zum Wendepunkt im Kampf gegen die Klimaveränderung werden. Eine der zahlreichen Arbeitsachsen der Regierungen im Kampf gegen die planetare Erwärmung ist die Besteuerung der Energie, die einen spürbaren Einfluss auf die Produktion und Verwendung bestimmter Energien haben kann. Falls sie in effizienter Weise kalibriert ist, kann diese Besteuerung die schädlichen Folgen für die Umwelt und die öffentliche Gesundheit einbeziehen und ein wirksames Instrument zum Ausgleich von Kosten und Nutzen der Verwendung verschiedener Energien darstellen. Sie kann so in signifikanter Weise das Verhalten der Beteiligten, sowohl bei den Produzenten wie bei den Konsumenten, beeinflussen. Die Frage der Energiebesteuerung ist darum im Rahmen der aktuellen Diskussionen von grosser Bedeutung.

Der kürzlich publizierte Bericht «Taxing Energy Use 2015» beleuchtet die verschiedenen existierenden Ansätze, nach Energiequellen und -verwendung, in 41 Ländern (alle OECD-Staaten und Argentinien, China, Indonesien, Indien, Russland und Südafrika). Diese Staaten sind für

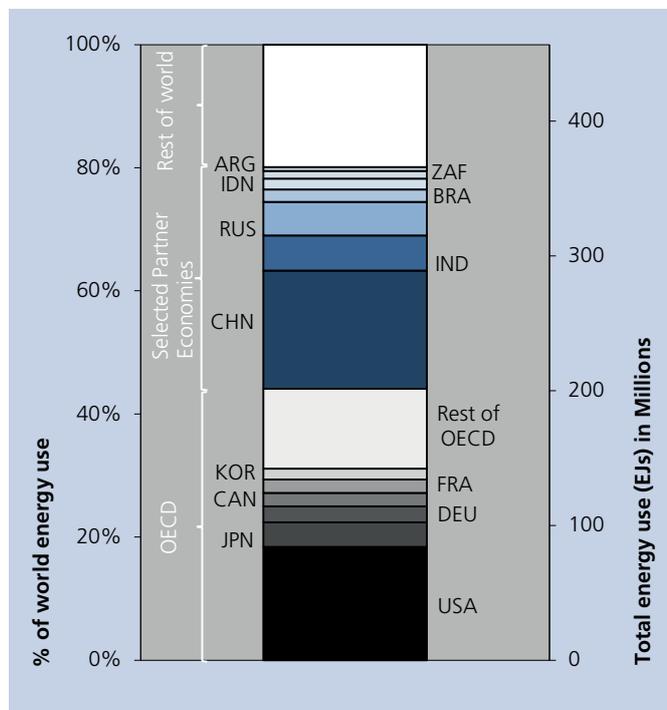
Economy-wide effective tax rates on CO2 from energy



den überwiegenden Teil des weltweiten Energieverbrauchs (80%) und der CO2-Emissionen (84%) verantwortlich (siehe Grafik links).

Die Studie macht einerseits deutlich, wie heterogen die Praktiken bei der Energiebesteuerung sind, sie bestätigt aber auch einige allgemeine Tendenzen. So ist beispielsweise zu beobachten, dass die reichsten Länder den höchsten Energieverbrauch aufweisen, obwohl sie die Energie stärker besteuern. Betont wird auch, dass die Abgaben pro Tonne CO2 in den untersuchten Ländern erheblich variieren: von einem Minimum von null in Indonesien und Russland bis zum Maximum von 107.30 Euro pro Tonne in der Schweiz (siehe Grafik oben). Generell hat die Studie in zahlreichen Fällen die Ineffizienz bei der Verwendung dieser Art von Besteuerung enthüllt. Denn die Länder nutzten noch zu wenig den vorhandenen Spielraum, um wirklich Signale auszusenden, welche die Produktion und den Konsum bestimmter Energien beeinflussen und so die Umweltkosten vermindern. Das verdeutlichen die Abgaben auf Kohle, die bisher viel zu tief seien, um in adäquater Weise die schädlichen Folgen zu veranschaulichen. Ein anderes Beispiel: Rund die Hälfte der untersuchten Länder haben für gewisse Energieprodukte tiefere Mehrwertsteuersätze als für andere Verbrauchsartikel. Die OECD ermuntert darum die Länder, im Interesse einer nachhaltigeren Energie- und Umweltpolitik ihren fiskalischen Manövrierraum besser zu nutzen.

Composition of world energy use, 2009



> Inhaltsverzeichnis

08. Weitere Publikationen

«Aid for Trade at a Glance 2015»

Paris, 30. Juni 2015

«OECD-FAO Agricultural Outlook 2015-2024»

Paris, 1. Juli 2015

«Indicators of Immigrant Integration 2015»

Paris, 2. Juli 2015

«Government at a Glance 2015»

Paris, 6. Juli 2015

«Employment Outlook 2015»

Paris, 9. Juli 2015

09. OECD-Kalender

3rd International Conference on Financing for Development

Addis Abeba, 13.-16. Juli 2015

International Youth Day

12. August 2015

World Water Week

Stockholm, 23.-28. August 2015

G-20 Finance Ministers and Central Bank Governors Meeting

Ankara, 4.-5. September 2015

UN Summit for the Adoption of the Post-2015 Development Agenda

New York, 25.-27. September 2015